

Wollt Ihr die totale Überwachung?



Der Traum eines jeden Diktators wird Wirklichkeit: die totale Überwachung der Bevölkerung.

Schon jetzt wird von jedem Bürger mit Handy ein Bewegungsprofil angelegt, der nächste Schritt ist die Anti-Corona-App, die warnen soll, wenn Sie einem Corona-Infizierten begegnet sind. Diese wird sicherlich problemlos umprogrammierbar sein, um anzuzeigen, wenn jemand Kontakt mit den »falschen Leuten« gehabt hat. Da, wo diese Technik versagt, kann man sich auch in Zukunft auf den Denunzianten verlassen.

Unter dem Beifall einer Mehrheit der Bevölkerung greift der Überwachungswahn weiter um sich!

Das offene Wort

Alles wird anders

Der weltweiten Vollbremsung des öffentlichen Lebens wird besonders in den Industriestaaten, die der Motor der Weltwirtschaft sind, unausweichlich eine Wirtschafts- und Finanzkrise folgen.

Das Platzen der Finanz- und Schuldenblase wird verheerende Folgen für alle Lebens- und Politikbereiche haben, aber auch die Chance eröffnen, die Herrschaft der Finanzmärkte und der Globalisierer über die Völker, Nationen, Länder und Menschen zu brechen.

Altbewährte Tugenden wie nationale Solidarität, Gemeinsinn, Fleiß, Disziplin, Leistung und eine Rückbesinnung auf das Wesentliche könnten der Spaß-, Event-, Party- und Lustgesellschaft endlich ein Ende bereiten.

Auf den Seiten 5 bis 7 dieser UN drucken wir dazu die »Stimmen zur aktuellen Lage« dreier Autoren ab, die sich von dem unterscheiden, was uns tagtäglich von den Medien vorgesetzt wird.

Zu den Unwahrheiten, die Politiker und Medien verbreiten, hier nur zwei Beispiele:

Bundespräsident *Steinmeier* in seiner Ansprache am 11.4.2020: »Eine Krise, für die es kein Drehbuch gab.«

Peter Tschentscher, Erster Bürgermeister von Hamburg, am 15.4.2020: »Wir sind in eine Situation gekommen, die sich noch vor Monaten kaum einer vorstellen konnte.«

Auf Seite 4 dieser UN beweisen wir Ihnen das Gegenteil. Glauben Sie den Politikern kein Wort!

Ihre Sabine Möller

Der Große Bruder wacht!

Stellen Sie sich vor, die Regierung plante, jedem Bürger ein Überwachungsgerät um den Hals zu hängen, um ihn rund um die Uhr, 24 Stunden am Tag, überwachen zu können.

Der Aufschrei und die Proteste wären enorm.

Alles nur Fiktion?

Sie glauben, das wäre in unserer Gesellschaft nicht möglich? Da haben Sie sich leider getäuscht.

In jeder Minute protokollieren überall auf der Welt Dutzende von Unternehmen – weitgehend unkontrolliert – die Bewegungen von zig Millionen Menschen mit Mobiltelefonen und speichern die Informationen in riesigen Datenbanken.

Die Spitze des Eisbergs

Der Internet-Riese *Google* hat sämtliche Daten über die weltweiten Standort-Bewegungen seiner Nutzer veröffentlicht. In der Veröffentlichung wurden die Daten zwar anonymisiert, was aber zeigt, daß der Konzern sämtliche Bewegungsdaten jedes einzelnen Nutzers gespeichert hat. Hinzu kommen noch sämtliche Suchanfragen und die daraus gewonnenen persönlichen Daten und Befindlichkeiten.

Die Mobilfunkanbieter speichern ebenfalls Bewegungsprofile ihrer Kunden und reichen diese weiter. Gespeichert werden weiterhin Datennutzung und Gesprächsdaten (Telefonnummer, Dauer, Uhrzeit).

Ende März sickerte ein Gesetzesentwurf aus dem Gesundheitsministerium durch. Demnach hätten Handy-Standortdaten im »Kampf gegen Corona« eingesetzt werden sollen:

»Unter den Voraussetzungen nach Satz 1 kann die zuständige Behörde von jedem, der geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringt oder daran

mitwirkt (Diensteanbieter) die Herausgabe der vorhandenen Telekommunikationsverkehrsdaten, der für die Ermittlung des Standortes eines Mobilfunkgerätes erforderlichen spezifischen Kennungen und die zur Durchführung von Maßnahmen nach Satz 4 erforderlichen Daten der möglichen Kontaktpersonen von erkrankten Personen verlangen.«

Obwohl der Vorschlag aufgrund einer Protestwelle zurückgezogen wurde, will Gesundheitsminister *Jens Spahn* nicht lockerlassen, es bräuchte dazu allerdings eine möglichst »große Unterstützung im politischen und gesellschaftlichen Raum«.

Denunziant 2.0

Baden-Württembergs Innenminister *Thomas Strobl* (CDU) hat dazu aufgerufen, Bürger, die sich nicht an die »Anti-Corona-Maßnahmen« halten, der Polizei zu melden. Baden-Württembergs Ministerpräsident *Winfried Kretschmann* (Grüne) bläst ins gleiche Horn und ruft zu entsprechenden Meldungen auf.

Hoch lebe das fröhliche Denunziantentum und der deutsche Michel ist in seinem Element. Wenn man schon nicht mehr das Haus verlassen darf, um Falschparker zu melden, kann man die »offene Rechnung« mit dem ungeliebten Nachbarn eben auf diese Art ausgleichen.

ZUM NACHDENKEN:

»Wir können die Grenze nicht schließen!«,

so Noch-Kanzlerin *Merkel* am 7.10.2015 bei »Anne Will« zum Migrantenansturm.

Ein kleines Virus hat bewirkt, daß inzwischen nicht nur Staats-, sondern sogar Ländergrenzen geschlossen wurden.

Der Rechtsstaat am Ende?



»Wir erleben derzeit Grundrechtsbeschränkungen, die in unserem Land vor wenigen Wochen undenkbar waren und die wir bestenfalls totalitären Staaten zugetraut haben.«

So Prof. Dr. Arnd Diring (Hochschule Ludwigsburg), Autor zahlreicher Veröffentlichungen zu Verfassungs- und Zivilrecht, in der *WELT AM SONNTAG* vom 29.3.2020.

Auch die ehemalige Bundesjustizministerin *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* warnte, aus medizinischer Sicht mögen all diese Maßnahmen notwendig sein, aus demokratischer Sicht gäben sie Anlaß zur Sorge.

Diese Sorge ist mehr als berechtigt! Die unveräußerlichen Grundrechte des vielbeschworenen Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland drohen bei der ersten ernsthaften Krise des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates aufgehoben zu werden, statt sie zu schützen.

Wenn solche Einschränkungen und Aufhebungen durch Bundes- und Länderbehörden, ja sogar durch einzelne Kommunen Schule machen, können sie künftig als Vorlage, als Übung und Blaupause für alle möglichen politischen Zwecke mißbraucht werden.

Davor warnte u.a. Prof. Dr. *Thorsten Kingreen* (Universität Regensburg), der kürzlich forderte, den demokratischen Rechtsstaat gerade in dieser außerordentlichen Situation zu schützen. Andernfalls könne es künftig bei anderen Krisen schnell heißen: »Das haben wir doch bei Corona auch so gemacht«.

Genau das forderte zum Beispiel laut *WELT AM SONNTAG* vom 29.3.2020 Prof. Dr. *Thomas Schomerus* (Universität Lüne-

burg), stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der *Allianz Energie AG*, der auch als Richter an einem Oberverwaltungsgericht tätig ist: Er hofft, daß der Kampf gegen den Virus mit der Einschränkung der Freiheitsrechte ein Vorbild für den Kampf gegen die Erderwärmung, also die Klimakrise sein könnte – auch weitgehende Freiheitsbeschränkungen, vergleichbar mit denen in der »Corona-Krise«, könnten im Kampf gegen die globale Erwärmung angemessen sein.

Ist das Grundgesetz nicht mehr das Papier wert, auf dem es geschrieben steht, wenn die Politiker entscheiden können, massive Grundrechtsbeschränkungen in jeder nächstbesten Krise zu verordnen, sei sie politisch, wirtschaftlich oder sonstwie bedingt?

Der ehemalige NRW-Justizminister *Burkhard Hirsch* warnte schon vor über 40 Jahren:

»Unser Rechtsstaat kann von Extremisten bekämpft und von Terroristen angegriffen werden. Gefährdet werden kann er nur von denen, denen er anvertraut ist.«

Sträfliches Regierungsversagen!

»Lükex«: Eine Katastrophenübung für den Papierkorb

Was verbirgt sich hinter dem Begriff »Lükex«?

Es ist die Abkürzung für eine »Länder- und Ressortübergreifende Krisenmanagementübung (Exercise)«.

Solche Übungen finden alle paar Jahre statt, wobei ein jeweiliges Katastrophen-Szenario angenommen wird, mal eine verheerende Sturmflut, mal eine »Cyberattacke« oder andere Ereignisse, die das Land stilllegen.

Schon im Jahre 2007, also vor nun 13 Jahren, wurden mit großem Aufwand vom Katastrophen- und Zivilschutz der Verlauf und die Folgen einer großen Epidemie und die aus dieser Übung zu ziehenden Lehren durchgespielt.

Am 7.11.2007, bei der Übung »Lükex 07«, wurde genau das angenommen, was heute brennend aktuell ist:

Nur acht Wochen nach Ausbruch einer Influenza seien 30 Prozent der Bevölkerung, also 27 Millionen Menschen erkrankt. 13 Millionen müßten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, 307.000 eine stationäre Behandlung, und 102.000 Menschen würden sterben.

Was war das Ergebnis der Übung?

Elf Bundesministerien, sieben Bundesländer, Hilfsorganisationen, Verbände und große Unternehmen wie RWE, EnBW, Commerzbank, Kaiser's Tengelmann

und andere hatten sich mit rund 3.000 Personen an der Übung beteiligt.

Die Erkenntnis aus dieser Übung?

Allgemeiner krankheitsbedingter Personalausfall, zu geringe Lagerbestände bei Herstellern, zu geringe Notfallvorräte, Mangel an Arzneimitteln, Medizinprodukten, Desinfektionsmitteln und Schutzausrüstungen.

Welche Lehren wurden aus dieser Übung gezogen?

KEINE! Was heute geschieht, sind die Folgen eines 13 Jahre langen sträflichen Regierungsversagens!

Sträfliches Regierungsversagen!

2012: Bericht zur Risikoanalyse für den Papierkorb

Deutscher Bundestag – 17. Wahlperiode

– 55 –

Drucksache 17/12051

Anhang 4

Risikoanalyse Bevölkerungsschutz Bund

Pandemie durch Virus

„Modi-SARS“

Stand: 10.12.2012

Gemäß § 18 Absatz 1 Satz 1 Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz hat der Bund zusammen mit den Bundesländern, die für den Katastrophenschutz zuständig sind, eine bundesweite Risikoanalyse für den Zivilschutz erstellt.

Alle Folgen und Auswirkungen wurden durchgespielt,

aber keine Vorsorge getroffen!

Im Anhang 4 (Seiten 55-84) wird beschrieben, was passiert, aber keine einzige Zeile, ob, daß und wie man vorsorgen sollte, müßte! Im Strafrecht nennt man solches Körperverletzung durch Unterlassung!

Das liegt wohl daran, daß man sich »da oben« in Sicherheit wog, eine SARS-Pandemie galt in dieser Analyse als »ein Ereignis, das statistisch in der Regel einmal in einem Zeitraum von 100 bis 1.000 Jahren eintritt«.

Nun haben wir aber bereits das zweite »Ereignis« innerhalb weniger Jahre, hinzu kommen die fast jährlichen Influenza-Pandemien und viele weitere Virus-Infektionen, die sich bislang jedoch fast ausschließlich auf andere Kontinente beschränkten. Das muß aber nicht so bleiben.

Ebola, Malaria, Pocken, Lassa-, Dengue- und West-Nil-Fieber und viele weitere, teils noch unbekannte Krankheitserreger könnten die nächste »Krise« auslösen, wenn weiterhin so wenig Vorsorge getroffen wird, wie sich jetzt erwiesen hat.

Stimmen zur aktuellen Lage: **Corona – Die große Täuschung?**

»Nach allem, was wir inzwischen wissen, ist die Corona-Epidemie [...] bei objektiver Betrachtung kein Grund, das gesellschaftliche Leben auf null herunterzufahren, die intakte Wirtschaft eines leistungsfähigen Industrielandes praktisch abzuschalten und ihr vorsätzlich nicht reparierbaren Schaden zuzufügen.

Nach aller Erfahrung liegt der Schluß nahe, daß Corona – egal ob es sich um einen "Unfall", eine Laune der Natur oder einen Anschlag handelt – vorgeschoben ist und von anderen, wichtigeren Entwicklungen ablenken soll.

Tatsächlich erleben wir vor unseren Augen die De-facto-Errichtung der Diktatur. Worum geht es wirklich?

Worüber die Lügenmedien nicht berichten: das Welt-Finanzsystem implodiert.

Wovor lange gewarnt, was lange prophezeit wurde, wird jetzt wahr. Über die auslösenden Faktoren – extrem niedriger Ölpreis, geplatze Derivateblase und/oder eine Explosion der "notleidenden" Kredite, die nicht mehr bedient werden – sind sich die Experten nicht einig, sehr wohl aber darüber, daß das System mit allen bekannten "Rettungs"-Mechanismen der letzten Jahre nicht mehr zu retten sein wird.

Corona kommt da gerade recht. Die Regierenden versuchen, den unvermeidlichen Zusammenbruch des Weltfinanzsystems dem Virus in die Schuhe zu schieben und die jetzt unausweichlichen Notstandsmaßnahmen als Bekämpfung der Epidemie zu verschleiern.

Das Geschehen greift aber tiefer. Die Corona-Krise bringt jetzt viele andere Konfliktslagen gleich mit zur Entladung, von denen die meisten durch die politischen

Drahtzieher vorsätzlich verursacht wurden.

Es gibt in der Bundesrepublik die Agenda der "großen Transformation". Es handelt sich um ein nur wenig bekanntes Strategiepapier eines wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung vom Jahr 2011, das die Agenda eines breitangelegten "Umbaus" der bundesdeutschen Gesellschaft auf allen Ebenen beschreibt. Stichworte sind etwa "Dekarbonisierung", E-Mobilität und vieles andere. Auch die Transformation unserer noch vor wenigen Jahrzehnten ethnisch definierten Gesellschaft in eine de facto multi-ethnische Gesellschaft gehört hierher. Diese Agenda gibt es, und sie wird seit längerem zielstrebig umgesetzt.

Was wir derzeit im Schnelldurchgang erleben (und was zumindest in Teilen auch nach Aufhebung der Corona-Maßnahmen erhalten bleiben dürfte), ist die Herstellung einer in vielen Bereichen sozialistischen Gesellschaft: mit Plan- und Mängelwirtschaft, massiver Regulierung des öffentlichen und privaten Lebens, Wohlstandsvernichtung (ohne daß die Werte ja "vernichtet" werden, sie wechseln nur den Besitzer, hin zu den ohnehin megareichen Transnationalen) und Gleichschaltung. Wenn nicht alles täuscht, handelt es sich um die Blaupause für einen großformatigen Umbau, der, wenn er im Hochindustrialand Deutschland klappt, auch überall sonst auf dem Planeten umsetzbar ist.

Denn: die in den letzten Jahrzehnten forcierte und vielerorts mit militärischen Mitteln durchgesetzte Globalisierung läuft längst nicht lücken- und reibungslos. Sie läßt noch viel zu viel Spielraum für Roll-Back-Manöver auch im großen Maßstab, für ganze Län-

der und Regionen, die sich auch wieder abkoppeln könnten.

Gerade die jetzigen Ereignisse liefern eine globale Steilvorlage für alle diejenigen [...], die nun der De-Globalisierung, der Wiederherstellung von Staatsgrenzen und nationaler Souveränität das Wort reden. So etwas ist viel zu gefährlich. Die Herstellung weltweit totalitärer Verhältnisse muß noch viel konsequenter vorangetrieben werden, damit die zentralen Drahtzieher wirklich sicher sein können, daß ihnen nicht alles wieder aus dem Ruder läuft. Dazu werden sie vorgeschobene Krisen wie jetzt Corona, aber noch viel gefährlichere, die noch kommen werden, nutzen. [...]

Alles zusammengenommen spricht vieles dafür, daß wir in eine Phase eingetreten sind, in der die Gegenseite beginnt, die Schrauben festzuziehen – völlig unabhängig davon, ob ihr das globale Finanzsystem gerade um die Ohren fliegt oder nicht.

Anders als verschiedene Untergangspropheten bin ich aber nicht davon überzeugt, daß die Gegenseite das Spiel schon gewonnen hat und den Sack nur noch zumachen muß. Wir – d. h. die Seite der Menschen, Völker, Identitäten – können sehr wohl gewinnen; nicht zuletzt deshalb, weil immer Faktoren auftreten können, die das höchst fragile System der Globalisierung urplötzlich in Frage stellen, ja zum Kollabieren bringen können. Ich persönlich schließe nicht aus, daß wir just dieses Szenario gerade jetzt erleben. [...]

Karl Richter

Karl Richter, Jg. 1962, studierte Geschichte, Volkskunde, Sanskrit und Musikwissenschaft. Er ist Autor zahlreicher Aufsätze in in- und ausländischen Publikationen sowie mehrerer Bücher. Von 2008 bis 2020 war er Stadtrat in München

Stimmen zur aktuellen Lage: **Durch Corona-Schock zu Finanz-, Wirtschafts- und Gesellschaftskrise**

»[...] Nun hat das Corona-Fieber die Welt erfaßt und unerwartet in eine Krise gestürzt, die sich schon jetzt aus der Gesundheitskrise auch zur Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftskrise abzeichnet.

Weltweit werden Städte, Regionen oder ganze Länder unter Quarantäne gestellt, Notstand ausgerufen und ist der Tanz ums goldene Kalb schrill abgeblasen.

Wo Quarantäne herrscht, erlischt auch die Wirtschaftstätigkeit, müssen die Menschen zu Hause bleiben, finden Sportveranstaltungen nicht mehr statt, schließen Theater, Museen und andere kulturelle Veranstaltungen, so das ganze Branchen plötzlich nicht mehr stattfinden, keine Einnahmen mehr haben und keine Mieten und Löhne mehr zahlen können.

Dies wird in diesen Branchen zu Massenarbeitslosigkeit und Forderung von Massensozialhilfen führen, setzt sich aber in weiteren Dienstleistungs- und Produktionsbranchen fort, die wegen mangelnder Nachfrage ebenfalls keine Umsätze, keine Einnahmen und deshalb kein Geld mehr für Mitarbeiter, Mieten und Maschinen haben. [...] Hier tut sich plötzlich ein Milliardenloch auf. Andere Branchen werden folgen.

Die Regierung Merkel [...] verspricht unendliche Gelder, ohne zu sagen, woher und wofür. Einen begonnenen Crash kann man aber ebenso wenig verhindern wie einen Winter im Herbst. Wir werden jetzt den von den Marktkräften erzwungenen Korrekturzwang erleiden müssen:

[...] Wenn die mittelständische Wirtschaft nichts mehr ver-

dient, keine Steuern und Sozialabgaben mehr zahlen kann, schrumpfen auch die öffentlichen Einnahmen, die Steuern und Sozialabgaben, kommt die Krise bei Staat und Sozialwirtschaft an. Der Staat wird gezwungen sein, seine Überbürokratisierung abzubauen, überflüssige Bürokratiebereiche zu streichen, Aufgaben abzugeben und sich auf die Hoheitstätigkeiten zurückzuziehen. [...]

Vor allem aber wird die Krise im Sozialbereich wirksam: Wenn die Unternehmen Millionen von Mitarbeitern entlassen müssen, fehlen den Sozialkassen die Sozialbeiträge und nehmen die Sozialanforderungen in vielfachem Maße zu, so daß die heutige Sozialversorgung nicht mehr zu halten ist, sondern reduziert werden muß. Dazu kommt der Zuzug von wöchentlich 4.500 zuwandernden Sozialleistungsforderern, welche das ganze System sprengen könnten [...].

Damit kommt die Krise in der Gesellschaft an. Es geht dann nicht mehr um Klimawandel und um das Retten der Welt in tausend Jahren, nicht mehr um Gender-Ideologie oder Gruppenemanzipation, nicht mehr um Wohlstandsumverteilung, sondern für die große Masse der Crash-Verlierer nur noch um Existenzsicherung.

In der letzten Weltwirtschaftskrise hat das internationale Großkapital seinen Welt-Wohlstandsanteil um mehr als 20 Prozent vermehrt, die Oberschicht um fast 15 Prozent, Mittel- und Unterschicht waren dagegen die großen Verlierer. Ein Drittel der Unternehmer hatte ihr Unternehmen verloren. Die meisten Arbeitnehmer waren im Gehalt

reduziert, sechs Millionen ganz ohne Arbeit und nur mit geringster Sozialunterstützung (1932).

Der jetzt in der Corona-Krise zur Höchstleistung aufgelaufene Gesundheitsbereich wird im Crash ebenfalls wieder unbezahlbar, reduziert und zur Mindestversorgung abgespeckt werden.

Am meisten zu bedauern sind die Rentner. Was sie an Rentenansprüchen fleißig angespart haben, ist durch die große Inflation entwertet. Und wer auf eine staatliche Rente gehofft hat, sieht sich ebenfalls mit einer nur Mindestunterstützung betrogen, weil die Zahl der Zahler kräftig gesunken, die der Rentner aber ständig gestiegen ist. Jetzt zahlen fast zwei Erwerbstätige einen Rentner. Wenn aber schon bald jeder Erwerbstätige einen Rentner zu unterhalten hat, müssen entweder die Renten halbiert oder die Zahlungen verdoppelt werden. Da Letzteres nicht geht, werden die Rentner bluten. [...]

Die Krise mag zwei, drei oder fünf Jahre dauern. Nach ihr sieht jedenfalls die Welt bei uns anders aus als vorher, wird der größte Teil der Bevölkerung seinen Scheinwohlstand verloren haben und arm sein, wird aber dann wieder Bescheidenheit, Sparsamkeit, Fleiß, Leistungsbereitschaft und Zuverlässigkeit statt grüner Öko-Träumereien den Alltag der Menschen bestimmen [...].«

Prof. Dr. Eberhard Hamer

Prof. Dr. Eberhard Hamer, Jg. 1932, studierte Volkswirtschaft, Theologie und Rechtswissenschaften. Er ist Verfasser zahlreicher Aufsätze und Bücher. Hamer ist Gründer und Vorsitzender des Mittelstandsinstitutes Niedersachsen e.V.

Stimmen zur aktuellen Lage: **Corona und danach**

»Nach dem ersten Weltkrieg starben an der Spanischen Grippe rund 50 Millionen – sie war die tödlichste Pandemie bisher. Die Folgen von Corona dürften sich in wesentlich geringeren Zahlen niederschlagen. [...]

Jetzt schon ist es wichtig die Folgen von Corona einigermaßen zu definieren und das sieht nicht sehr gut aus:

- Das Defizit des Budgets wird wesentlich größer werden, als jetzt vorhergesehen. [...]
- Die Verschuldung des Staates wird drastisch steigen.
- Die versprochenen Hilfen des Staates werden finanziert werden müssen, obwohl die Steuern stark sinken werden.
- Eine Insolvenzwelle wird über das Land gehen. [...] Die Folge ist eine noch stärkere Steigerung der Arbeitslosigkeit, die finanziert werden muß.
- Aber selbst, wenn Industrie und Mittelbetriebe wieder normal arbeiten, wird die Nachfragesituation in den üblichen Lieferländern zurückgehen. Man wird zwar exportieren können, aber die Exporte werden dramatisch weniger Nachfrager finden.
- Die Ankurbelung des Konsums wird stark zurückgehen, denn die Konsumenten haben weniger Geld und geben daher auch weniger aus.
- Die Tourismusindustrie wird viel mehr, als man bisher glaubt, zu stützen sein. Hotels werden zwar nicht schlechter, wenn weniger Gäste kommen, jedoch die am Limit liegende Finanzierung wird, wenn man nicht unmittelbar stützt, zum Konkurs führen, da die Kreditsituation überwiegend ausgereizt ist.
- Ein spezieller Krisenfaktor wird auch die Transportwirtschaft werden, wo man ebenfalls am

Limit arbeitet, so daß auch hier größere Insolvenzen vorauszu-sehen sind.

- Von besonderer Bedeutung ist die Landwirtschaft. Früher ging man davon aus, daß ein Land autark mit Lebensmittel versorgt werden muß. Diese Einstellung muß wieder Priorität haben. Landwirte müssen bei oft mehr als zwölfstündiger Arbeit den gerechten Ertrag bekommen. Internationale Verträge, die mehr oder minder die unbegrenzte Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte vorsehen, sind in jeder Form abzulehnen. Wenn der freie Landwirt in einer freien Gesellschaft nicht mehr existieren kann, dann hört diese auf. Gerade die Corona-Krise muß hier zu einem Umdenken führen.
- Außenwirtschaftlich werden die Sanktionen gegen Rußland unmittelbar zu streichen sein – zumindest von neutralen Ländern. In Zeiten wie diesen kann man es sich nicht leisten, einen starken Partner vor den Kopf zu stoßen.
- Von der gnadenlosen Globalisierung wird abgerückt werden müssen. Es zeigte sich, daß Medikamente und andere lebenswichtige Mittel, wenn sie im Ausland produziert werden, nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen. Es zeigte sich weiter, daß die Deindustrialisierung Europas dazu geführt hat, etwa China als verlängerte Werkbank zu sehen, so daß Endprodukte nicht mehr hergestellt werden können. Eine neue Renationalisierung ist das Gebot der Stunde.
- Zuletzt die EU:
 - Gott sei Dank ist sie für den Bereich Gesundheit nicht zuständig, sonst wäre das Chaos perfekt.

- Die großen vier Freiheiten, mit Ausnahme des freien Geldverkehrs, haben nicht funktioniert, und das ist die eigentliche Katastrophe.

- Die Freiheit des Warenverkehrs ist aufgehoben, wenn etwa Deutschland und Frankreich schon bezahlte Exporte von medizinischen Schutzmaterialien blockieren. [...]

Was heißt das?

Die gesamte EU ist neu zu vermessen. Nicht nur hinsichtlich der geschilderten Probleme, sondern auch, was den Euro betrifft.

Wie bitte soll Italien, das jetzt schon höchst verschuldet ist "gerettet" werden, wenn diese Rettung nicht mehr finanzierbar ist?

Ewiges Geldddrucken in riesen Mengen destabilisiert darüber hinaus den Euro, der auf nichts mehr als die Hoffnung auf eine fröhliche Zukunft aufbaut. [...]

Unsere Generation und unsere Elterngeneration haben nach dem zweiten Weltkrieg Wirtschaft und Gesellschaft wieder aufgebaut. Mit Schweiß und Tränen. Die Dividenden dieses Aufbaus werden nun verbraucht.

Wir werden wieder lernen müssen zu arbeiten, zu entscheiden was wichtig und was nicht wichtig ist: Genderdummheiten, Schwulenmärsche, ständige Events aller Art sind es mit Sicherheit nicht. [...]

Nur starke und gesunde Nationen können auch supranationale Institutionen, wie etwa die EU, sinnvoll machen. Alles andere ist Schwachsinn.«

Dr. Norbert van Handel

Dr. Norbert van Handel, Jg. 1942, studierte Geschichte, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Er ist Geschäftsmann und Buchautor. Van Handel ist Prokurator des St.-Georgs-Ordens und Träger zahlreicher Auszeichnungen

»Die Debatte spaltet die Gesellschaft«

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die angesehene *Neue Zürcher Zeitung* am 11.4.2020 folgende Einschätzung:

»Der „gesunde Menschenverstand“ hat allerdings im Augenblick keine gute Presse. Wer auch nur die Frage andeutet, ob die Stilllegung des gesamten öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens tatsächlich so alternativlos sei, wie es die deutsche Bundesregierung, ihr Robert-Koch-Institut und der staatstragende Teil der deutschen Medien darstellen, macht sich bereits verdächtig. Schon ist das Etikett des "Corona-Leugners" im Umlauf. Die Debatte über den richtigen Umgang mit dem Virus spaltet unsere Gesellschaft brutaler, als die Flüchtlingsfrage es je vermochte. (...)

Gerade die Deutschen gefallen sich in 150-prozentigem Corona-Gehorsam. Nur wenn die Maßnahmen beinhaltet sind und die Unterwerfung total ist, nur wenn man kritische Nachfragen absolut unterläßt, ist man ein guter Corona-Staatsbürger.«

Das Corona-Fieber treibt seltsame Blüten

»In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.«

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 19 (2)

Man könnte fast den Verdacht haben, nach den »Holocaustleugnern« und den »Klimaleugnern« würde es jetzt den »Coronaleugnern« an den Kragen gehen.

Wer die Einschränkung der angeblich doch »unabänderlichen« Grundrechte durch einfache Gesetze oder Verbote kritisiert oder gar gegen teilweise willkürliche oder unverhältnismäßige Verordnungen verstößt, riskiert eine Strafverfolgung.

Da ist der Hausbesitzer an der Nordseeküste 20 km nördlich von Hamburg, der sein Eigentum, Strom und Heizung nicht warten kann, weil sein Hauptwohnsitz in Hamburg ist und er an der Landesgrenze Schleswig-Holsteins gestoppt wird.

Da ist der Angelbootbesitzer auf Rügen, der in NRW wohnt und sein Boot nicht wetterfest machen kann, weil dort Einreiseverbot besteht.

Da ist ein Rentner, der einsam und alleine auf einer Parkbank sitzt und sein Brötchen isst und mit Bußgeld bedroht wird, weil der Park gesperrt ist.

Da ist eine Anwältin, die die Gesetzmäßigkeit einiger Bestimmungen infrage stellt, zum Protest aufruft und Besuch von Polizei und Staatsanwaltschaft bekommt.

Namhafte Staats- und Verfassungsrechtler äußern ihre Bedenken, ob dies alles von dem am 1.1.2001 inkraftgetretenen und am 27.3.2020 verschärften Infektionsschutzgesetz, das kurzerhand zum Ermächtigungsgesetz umfunktioniert wurde, noch zu rechtfertigen ist. Vor allem wird davor gewarnt, daß diese Einschränkungen der Grundrechte nicht zeitlich eng begrenzt und möglicherweise als Vorlage für alle denkbaren politischen und wirtschaftlichen Krisen genutzt werden können.

Warnung vor dem Großen Bruder

»Es ist zu befürchten, daß die aktuellen MachtprozEDUREN die Pandemie abgeschwächt überdauern und als Normalität akzeptiert werden.

Die Anti-Corona-Maßnahmen sind geeignet, auf andere Politikfelder übertragen zu werden. Sind Klima-Leugner, Islamophobe, Gender- und Euro-Kritiker sowie Rechte nicht ebenfalls krank und gehören ausgesondert? Orwells Großer Bruder, der die Kluft des Gefängniswärters trägt, käme als treusorgende Große Schwester daher.«

Thorsten Hinz in
Junge Freiheit, 3.4.2020

Kommt bald ein »Goldverbot«?

Als »Goldverbot« bezeichnet man umgangssprachlich einen Vorgang, bei dem Goldbesitz entweder reguliert wird oder der Staat in irgendeiner Form hierauf Zwangsabgaben erhebt.

Die Geschichte beweist, daß Goldverbote vor allem in Zeiten prekärer Staatsfinanzen als letzter Ausweg gesehen wurden.

Goldverbote können in unterschiedlicher Form auftreten, mit unterschiedlichen Folgen. Maßnahmen können sich beziehen auf den Goldhandel oder den Goldbesitz. Sie können reichen von punktuellen Restriktionen, etwa in Form von Handelsbeschränkungen oder Mengenbegrenzungen, bis hin zu umfassenden Besitzverboten, wo Gold an den Staat zu einem festgesetzten Preis verkauft werden muß. Auch die Sanktionen können unterschiedlich sein, von einfachen Geldstrafen bis hin zu Haftstrafen.

Goldverbote gab es öfters in der Geschichte, quer durch alle Länder und Epochen. Das geschichtlich wohl bekannteste Goldverbot erfolgte in den USA am 1.5.1933. Per Verordnung mußte innerhalb von 14 Tagen alles private Gold an staatliche Annahmestellen verkauft werden zu einem festen Preis von 20,67 Dollar je Unze. Ausgenommen war nur Goldschmuck sowie Gold bis zu einer Freigrenze von 100 Dollar. Neun Monate später setzte die US-Regierung einen neuen Goldpreis fest mit 35 Dollar je Feinunze. Das Verbot bestand bis 31.12.1974.

In Deutschland bekannt sind die Goldverbote aus den Jahren 1923 bis 1928, 1936 bis 1945 und nach dem Zweiten Weltkrieg die ent-

**Sie erhalten nur ein UN-Heft?
Und was weiß Ihr Nachbar?
Bitte bestellen Sie 2, 3, 5
oder 10 Hefte monatlich!**



schädigungslose Zwangsablieferung an die Besatzungsmächte (Proklamation Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats, siehe Abbildung).

Steht ein Goldverbot bevor?

Bevor man diese Frage stellt, sollte man sich vergegenwärtigen, daß grundsätzlich jede Anlageform Ziel staatlicher Zwangsmaßnahmen, seien es Zusatzsteuern, Beschlagnahmen oder Verbote, sein kann. Jeder Staat wird erst die Erfolgsaussichten alternativer Maßnahmen prüfen, bevor er ein Goldverbot erläßt. Denn Goldverbote sind unpopulär, schwer durchsetzbar, und waren in der Vergangenheit relativ ineffektiv.

»Die Goldbestände privater Haushalte in Deutschland haben einen Rekordstand erreicht. Das geht aus einer Studie der Steinbeis-Hochschule für die Reisebank hervor. Demnach besitzen Privatleute in Deutschland derzeit

rund 8.918 Tonnen Gold, davon 4.925 Tonnen in Form von Barren und Münzen und knapp 4.000 Tonnen in Form von Schmuck. Das ist eine größere Menge als beispielsweise die Goldreserven der Vereinigten Staaten von Amerika, die bei der Notenbank Federal Reserve, kurz Fed, gelagert werden.«

Das berichtete FAZ.net am 15.4.2019. Beim aktuellen Goldpreis (etwa 50.000 Euro je kg) wären das gut 240 Milliarden Euro allein für Barren und Münzen – eine Summe, die Begehrlichkeiten wecken könnte.

Seit 1.1.2020 ist der Kauf von Gold ab einem Wert von 2.000 Euro meldepflichtig (vorher lag die Grenze bei 10.000 Euro). Somit weiß das Finanzministerium, bei wem es wieviel zu holen gibt.

»Gold gab ich für Eisen«, hieß es früher. Geb ich es heute für Europas Schulden?

Kurzmeldungen aus Absurdistan

Das ganze Land steht still? – Nein, die Islamisierung schreitet voran!

Während sich der brave Deutsche zu Hause folgsam einigelt, verstärken u.a. moslemische Verbandsfunktionäre ihre Bemühungen, ihren Einfluß in diesem Staat zu stärken.

In Rheinland-Pfalz unterzeichneten am 1.4.2020 vier islamische Verbände mit dem Land eine Vereinbarung, die unter anderem eine Regelung für den islamischen Unterricht an unseren Schulen enthält.

Der Michel soll aber ganz beruhigt weiterschlafen, da sich alle beteiligten Verbände zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der BRD bekennen würden.

Der zuständige Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz, Prof. Dr. Konrad Wolf, ist ganz begeistert und sprach von

einem »wichtigen Etappenziel« auf dem Weg zur Gleichstellung. Sobald die Corona-Einschränkungen aufgehoben sind, wird der Bürger in einer veränderten Republik aufwachen.

Eurobonds werden zu Coronabonds

»Es werde in der europäischen Schuldenkrise keine gemeinsame Haftung geben, "solange ich lebe", sagte Angela Merkel vor der FDP-Fraktion.«

SPON, 26.6.2012

»Raider heißt jetzt Twix«, hieß es Anfang der 90er Jahre in den Fernseh-Werbepausen. Daran muß man unwillkürlich denken, wenn man die aktuellen Diskussionen um die europaweite Finanzierung der Corona-Kosten denkt: »Eurobonds heißen jetzt Coronabonds«.

Der Werbespruch ging damals noch weiter: » ... sonst ändert sich nix!«

Das gilt auch für die »Corona«-Bonds. Nachdem es erheblichen Widerstand gegen die Einführung von Eurobonds in den »wirtschaftlich intakten« EU-Ländern wie Deutschland und den Niederlanden gab, wurde nun ein erneuter Versuch gestartet.

Die Schulden, vor allem die der südeuropäischen Länder, sollen »verallgemeinert« werden. Eurobonds sind nicht anderes als Schuldscheine, für die alle EU-Länder gemeinsam gerade stehen müssen – am Ende also nur die, die noch zahlungsfähig sind.

Unter dem Alias-Namen »Coronabonds« sollen vor allem die deutschen Sparer enteignet werden und damit die europäischen Völker alle gleich arm gemacht werden.

Gaukler und Hütchenspieler haben Hochkonjunktur!

Liebe Leser, ganz privat:

Die »Umweltsau-Oma« war gestern, heute soll gestorben werden!

Zur Jahreswende, als die Welt noch coronafrei und in Ordnung zu sein schien und der Planet nach »Fridays-for-Future«-Warnungen nur noch zwölf Jahre zu leben hatte, war die vom WDR verbreitete »Umweltsau-Oma« ein Aushängeschild der Klima-Geiferer.

Der Proteststurm gegen den WDR war groß, aber nutzlos. Gelernt hat das öffentlich-rechtliche Zwangsgebühren-Fernsehen aus diesem Skandal offenbar nichts:

Die »öffentlich-rechtlichen« Sender finanzieren und betreiben ein Online-Jugendangebot namens »funk«. Das verbreitet ein Video einer Gruppe namens »Bohemian Browser Ballett«, im Text heißt es:

»Ja zu Corona! Denn mit diesem Virus heilt sich der Planet praktisch selbst. Es rafft die Alten da-

hin, aber die Jungen überstehen diese Infektion nahezu mühelos. Und das ist gerecht. Immerhin hat die Generation 65plus diesen Planeten in den letzten 50 Jahren an die Wand gefahren.«

Geht es noch bösser, noch volksverhetzender? Die Generation 65plus hat dieses Land aus einer Trümmerwüste wieder aufgebaut, in dem die Generation 20plus heute in Überfluß, Spaß, Luxus und Wegwerfmodus lebt!

Wie verrottet muß der Charakter solcher Schmieranten sein? Aber die sind der kleinere Teil des Skandals. Vor den Staatsanwalt gehören die Programmverantwortlichen und die hochbezahlten Rundfunk- und Fernsehrate, die für die Absonderung solcher Hetze auch noch höhere Zwangsgebühren fordern!

Ihre UN-Mitarbeiter

Es kann nicht sein, was nicht sein darf!

»Tobias R. sei in erster Linie nicht von einer rechtsextremen Gesinnung getrieben worden. Er habe seine Opfer vielmehr ausgewählt, um möglichst viel Aufmerksamkeit für seine Verschwörungstheorie zu bekommen.«

Sueddeutsche.de, 28.3.2020

Nachdem in der Presse ein Bericht des BKA kolportiert wurde, in dem der Attentäter von Hanau nicht als »rechtsextrem« eingestuft werde, kam umgehend der Befehl »Kommando zurück!«

Der Präsident des Bundeskriminalamts, *Holger Münch*, hat aus der »Causa Maaßen« offenbar gelernt, daß es nicht hilfreich für die Karriere ist, sich dem Zeitgeist entgegenzustellen.

Über *Twitter* dementierte er die Medienberichte: »Das BKA bewertet die Tat als eindeutig rechtsextremistisch. Die Tatbegehung beruhte auf rassistischen Motiven.«

Es wird sogar noch peinlicher: »Einen solchen Bericht gibt es derzeit nicht. Die Ermittlungen dauern an«, so *Münch*.

Zuvor hatte der Vorsitzende des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates (BZI), *Memet Kiliç*, *Münch* einen offenen Brief geschrieben und ihn aufgefordert, den Bericht (Gibt es ihn nun oder gibt es ihn nicht?) vor Fertigstellung zu überarbeiten:

»Rassismus als Hauptmotiv zu verneinen, ist ignorant, brandgefährlich und rücksichtslos, ja sogar beleidigend, gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen.«

Man merkt, das Corona-Virus ist nicht unser Hauptproblem!

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen.
Für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

- Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).
- Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,55 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.
- Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).
- Einen Kostenbeitrag in Höhe von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: _____

Jahrgang: _____ Telefon: _____ (für Rückfragen)

Einwilligungserklärung zur Datenspeicherung und -weitergabe

Die angegebenen personenbezogenen Daten, die allein zum Zwecke der Ausführung der Bestellung notwendig und erforderlich sind, werden auf Grundlage gesetzlicher Berechtigungen erhoben.

Mit meiner Unterschrift bin ich damit einverstanden, daß meine Daten zum Zwecke der Ausführung an Dritte (Versanddienstleister, Post- und Paketdienste) weitergegeben werden.

Meine Einwilligung zur Datenspeicherung und -weitergabe kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft abändern oder gänzlich widerrufen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32
Telefax: 0208 - 84 87 057
E-Post: info@un-nachrichten.de

Bankverbindung:

FK UN e.V.
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01
BIC: PBNKDEFF

Internet:

www.un-nachrichten.de
www.fb.com/UN.Nachrichten

Impressum:

Herausgeber: Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

verantwortw. Schriftleiter: Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen!

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

Alle redaktionellen Texte dieser Ausgabe stehen, soweit nicht anders gekennzeichnet, unter der »Creative-Commons«-Lizenz CC BY-NC 4.0 und dürfen damit weiterverwendet werden.
creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/